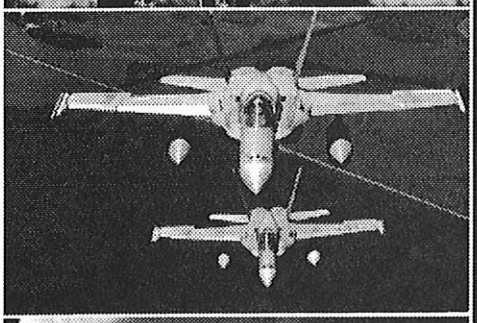
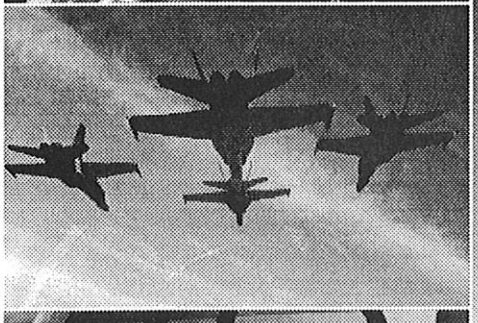
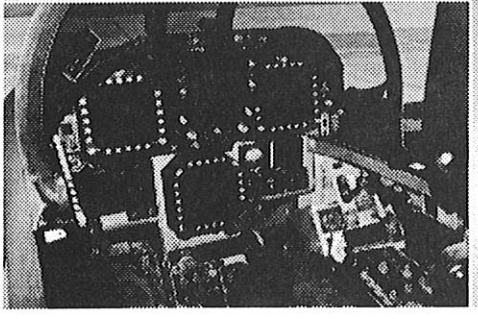
Ausgabe No. 12 / Juli 1995

Information des Forums Flugplatz Dübendorf







- *Gemeinderatspräsident von Dübendorf:* **Ruedi Hächler**
- *Zürcher Kantonsratspräsident:* **Markus Kägi-Steiner**
- *Umstrukturierung EMD 95: Projektoberleiter:* **KKdt Werner Jung z D**
- *Die Umstrukturierung aus der Sicht eines BAMF-Angestellten:* **Andrea Lareida**
- *Die Schweiz muss noch geschluckt werden: Grossrat* **Dr. Daniel Heller**
- *Generalversammlung 1995*

Liebe Vereinsmitglieder
Liebe Interessenten

Die "Volksinitiative für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik" der SPS, im Herbst 1992 eingereicht, ist zwischenzeitlich vom Parlament für ungültig erklärt worden.
Einmal mehr hat damit die Armeegegnerschaft unter Führung der SPS eine staatspolitisch fragwürdige Initiative eingereicht. In trotziger Hartnäckigkeit werden 1996 weitere folgen.

Erneut erteilt damit die SPS einer verantwortungsbewussten und berechenbaren Sicherheitspolitik eine klare Absage. Sie tut dies nicht das erste Mal in diesem Jahrhundert. Tages- und wahlpolitisches Taktieren sowie spitzbübisches Provozieren kurz vor den National- und Ständeratswahlen 1995 haben offenbar weit höheren Stellenwert als konstruktive Reformarbeit. Sicherheitspolitik erträgt keine Windfahnenpolitik. Gar nicht in unserer nur oberflächlich bedrohungsarmen Zeit. Überhaupt nicht von Seiten einer Regierungspartei.

Da erstaunt nicht, dass die SPS mit Blick auf das Wahljahr sicherheitspolitischen Sachverstand im Ausland beschafft. Import-"Expertisen" und grobschlächtige Konzepte als tages- und wahlpolitische Schnellschüsse? Dabei ersetzen "Gefälligkeitsgutachten" (Studie Unterseher) konstruktives Mitdenken. Ideologie (Armeeabschaffung) ersetzt fachkundiges Politisieren. Längerfristig muss dies ins Auge gehen. Wer die Geschichte ernst nimmt, begreift.

Statistisch gesehen jedoch steht Wehrpolitik am untersten Ende der Prioritäten (fast) aller Parteien. Sicherheitspolitik ist, kaum verwunderlich, kein Wahlkampfthema. Aus den Augen aus dem Sinn. Leben wir tatsächlich so sicher in unserer Welt?

In dieser Ausgabe finden Sie, liebe Leserin, lieber Leser, zwei sicherheitspolitisch interessante Stellungnahmen. Das "Forum" hat den neugewählten Gemeinderatspräsidenten von Dübendorf, Herrn Ruedi Hächler, sowie den ebenfalls neu ins Amt gewählten Kantonsratspräsidenten, Herrn Markus Kägi-Steiner, um eine Stellungnahme gebeten und aufschlussreiche Antworten erhalten. Mit zwei weiteren Beiträgen - zu wesentlichen Reformen im EMD sowie Reaktionen eines betroffenen BAMF-Mitarbeiters - und einem historischen Rückblick auf die Bedrohungslage der Schweiz im zweiten Weltkrieg schliessen wir gleichzeitig den gedanklichen Bogen um die Wichtigkeit einer glaubwürdigen und ganzheitlichen schweizerischen Sicherheitspolitik.

Ihr Aldo Wicki, Vizepräsident

3. Generalversammlung des Forum Flugplatz Dübendorf am 31. März 1995

32 Mitglieder haben sich am Freitag Abend, 31.März im Schulungszimmer des Überwachungsgeschwaders in Dübendorf eingefunden und an unserer dritten Generalversammlung teilgenommen. Mit dem heutigen Gebäude des Überwachungsgeschwaders haben wir einen geschichtsträchtigen Ort der Schweizeraviatik für unsere GV ausgewählt, beherbergte dieses Gebäude vor über 40 Jahren doch auch die Swissair und war während Jahren der Ausgangspunkt für Flugreisen von der Schweiz ins Ausland. Möglicherweise kennt das eine oder andere Mitglied unseres Vereins dieses Gebäude aus seiner Kindheit noch in dieser Funktion...

Freundlicherweise wurde uns also dieser Raum vom Waffenplatzkommando für unsere GV zur Verfügung gestellt. Pünktlich um 20.00 Uhr konnte unser Präsident Peter Bosshard die Versammlung eröffnen. Dieses Jahr waren keine besonders gewichtigen Traktanden auszumachen. Nach der Wahl der Stimmenzähler wurde das Protokoll der letztjährigen GV einstimmig von den anwesenden Mitgliedern genehmigt. Anschliessend verlas der Präsident seinen Jahresbericht, welcher ebenfalls einstimmig genehmigt wurde:

Hauptpunkte des Jahresberichtes waren die Mitgliederstatistik, die Stadtrats- und Gemeinderatswahlen 1994, sowie die AIR 94. Obwohl im letzten Jahr der Mitgliederzuwachs etwas abgeflacht ist, haben wir nachwievor ein Ansteigen der Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Letztes Jahr waren noch 14 neue Mitglieder in den Verein aufgenommen worden, mit dem 31.März 95 zählen wir 245 Mitglieder.
Unser Info zu den Wahlen, mit Interviews von verschiedenen Kandidaten, ist auf grosse Beachtung gestossen. Sicherlich haben Sie mit zu dem für uns erfreulichen Ergebnis der Wahlen beigetragen.

Die AIR 94 stellte den aviatischen Höhepunkt des letzten Jahres dar. Unser Verein war mit 2 vollbesetzten Autobussen angereist, 80 Mitglieder erlebten in Buochs ein faszinierendes Flugmeeting anlässlich des 80 jährigen Bestehens der schweizerischen Fliegertruppen und dem 30 jährigen Bestehen der Patrouille Suisse.
Abschliessend erwähnte der Präsident, dass wir im letzten Jahr insgesamt 3 Informationen an unsere Mitglieder verschickten und zudem eine Spezialausgabe an die Neuzuzüger von Dübendorf herstellten, welche auf der Einwohnerkontrolle neben anderen Vereinsschriften erhältlich ist. Ebenso erschienen wiederum zahlreiche Leserbriefe in den Lokalzeitungen.
Anschliessend präsentierte unsere Kassierin Heidi Knecht die Jahresrechnung 1994, welche ebenfalls einstimmig genehmigt wurde.

In einem Ausblick auf die Aktivitäten im laufenden Jahr ging Peter Bosshard auf den Neuzuzügertag vom 23.9.95 in Dübendorf ein. An diesem Tag erhalten Neuzuzüger die Gelegenheit, ihre Gemeinde etwas näher kennen zu lernen. Unser Verein wird diesen Tag in Zusammenarbeit mit dem Verschönerungsverein Dübendorf und den Quartiervereinen von Dübendorf organisieren .

Zum Abschluss wurde ein kleiner Apéro offeriert. Anschliessend zeigte uns Aldo Wicki eine beeindruckende Tonbildschau über den Hunter. Bild und Ton verschmolzen zu einer Einheit wie man es selten in einer Tonbildschau zu sehen bekommt, bravo Aldo!!

Andreas Thut, Aktuar

Aus der neuen GSoA-Zitig:

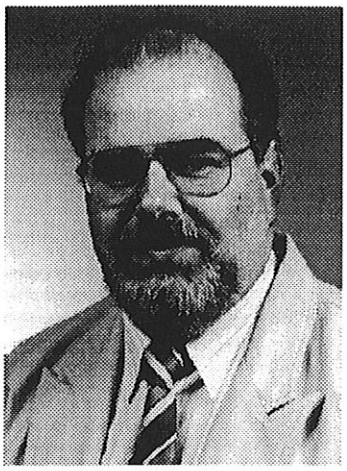
In der Romandie wird der Ruf der Basis nach einer neigen radikalen Forderungen lauter. Luc Gilly betonte an der CH-Koordination vom 17.6.95, dass die Kraft und Potentiale einer neuen Abschaffungsinitiative unterschätzt würden. Nicht nur die Generation deren, die noch nie über die Armee haben abstimmen können, fordern eine grundsätzliche Diskussion und fundamentalere Projekte. Wer in der GSoA ist, will die Armee abschaffen. Je früher die Diskussion um die GSoA II beginnt, desto besser, denn ohne Abschaffungsinitiative haben auch anderefriedenspolitischen Initiativen wenig Chancen. Die Romands wollen das Versprechen von 1989 einlösen und die Abschaffung vor dem Jahr 2000 nochmals zum Themamachen. Sie schreiben in einem Brief an die Mitglieder:

« ... das EMD hat seither (seit 89) versucht, sich ein neues Image zu verschaffen, näher an den Bedürfnissen der Gesellschaft, sich stärker an den Realitäten dieser Welt orientierend, gar einen bescheidenen Zivildienst akzeptierend. "Armee 95" heisst das Ergebnis dieser Fassadenrenovation, das danach verlangt, kritisiert zu werden.
Die einzig sinnvolle Kritik kann nur "Abschaffung der Armee" heissen. Die Art und Weise, wie die Räte die Halbierungsinitiative behandelt haben, macht eines klar, die Armee ist und bleibt eine heilige Kuh.

Zwischen der "Armee 95" und dem sozialdemokratischen Projekt "Armee 2005" ist Raum für eine grundsätzliche Debatte ohne Einschränkungen. Nur eine neue Initiative für eine Schweiz ohne Armee bringt Bewegung in die friedenspolitische Debatte.

Kommentar?
Dieser Artikel aus der GSoA-Zitig vom Juni, sowie das Zusammengehen der SPS mit der GSoA spricht für sich - Kommentar ist deshalb nicht nötig!

Peter Bosshard



Ruedi Hächler
Gemeinderatspräsident von Dübendorf

Die Begründung, dass wir einen Militärflugplatz Dübendorf brauchen, ist meiner Meinung nach nur haltbar, wenn wir die Frage "Armee ja oder nein" mit einem klaren Ja beantworten können. Die Arbeitsplatzfrage allein ist nicht Begründung genug, aber natürlich eine willkommene und angenehme Nebenerscheinung, wenn wir zu unserer Armee ja sagen. Die Erfahrungen als Mensch im kleinen Kreis wie auch die Kenntnisnahme der Geschehnisse weltweit zeigen mir deutlich, dass nur derjenige ernst genommen wird, der sich für seine Rechte auch wehren kann. Es ist meiner Meinung nach Augenwischerei zu behaupten, dass heute keine Gefahr vor Ausbeutung oder Fremdbestimmung durch Dritte mehr bestehe. Somit ist für mich klar, dass wir für die Friedenssicherung unter anderem auch eine Armee brauchen. Dabei scheint es mir logisch zu sein, dass eine Selbstverteidigungsarmee mit einer Flugwaffe glaubhafter und wirkungsvoller ist.

Da ich also voll hinter unserer Armee stehe, ist es auch meine Pflicht und Schuldigkeit, mich dafür einzusetzen, dass wir die Frauen und Männer, die wir möglichen und voraussehbaren Gefahren aussetzen, auch mit der bestmöglichen Ausbildung und dem notwendigen Material versehen müssen. Daher kann ich die SP-Initiative auf Halbierung der Militärausgaben nicht unterstützen.

Zur Waffenausfuhrverbots-Initiative: Ich bin überzeugt, dass wir alles tun müssen, um zu verhindern, dass unsere Exportgüter, die ja eigentlich immer auch militärisch verwendet werden können, für die Unterdrückung von Minderheiten, unbequemen Gruppierungen oder ganzen Völkern verwendet werden. Ebenso bin ich überzeugt, dass wir Instrumente brauchen, um zu verhindern, dass schwarze Schafe im Exportbereich unsere Glaubwürdigkeit als humanitäre, demokratische und die Rechte und Freiheit aller Völker achtende Schweiz in Frage stellen.
Ob diese Waffenausfuhrintiative der richtige Weg dazu ist, kann ich im jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilen. Die heute bestehende Rechtsgrundlage oder die in der Initiative angestrebten Bestimmungen sind ja ohnehin nur so wirkungsvoll, wie sie tatsächlich auch angewendet und durchgesetzt werden.
Viel bedenklicher scheint mir grundsätzlich, dass durch die enorme Machtkonzentration im ganzen Wirtschaftsbereich die demokratische Entscheidungsfindung heute schon unterlaufen werden kann. Gegen diese Fremdbestimmung hilft auch keine Armee. Daher kann unsere Armee mit der Flugwaffe auch nur ein Teil unserer Friedenssicherung sein.
Ich finde es gut, dass es ein Forum (Militär) Flugplatz Dübendorf gibt. Ich bin überzeugt, dass wir, je länger je mehr, auf sachliche Informationen angewiesen sind und dass das Forum dazu einen wertvollen Beitrag leistet. Ich wünsche dem Forum, dass es immer, auch wenn es manchmal schwerfällt, sachlich und fair bleibt und die Diskussionen mit Leuten, die nicht gleicher Meinung sind, nicht auf persönlicher Ebene austrägt.
Ich meine, dass wir beim Militärflugplatz in Dübendorf speziell auch darauf achten müssen, dass die grossen Fortschritte, die das BAMF verdienterweise in Sachen Fluglärm schon erreicht hat, nicht durch Nutzung des Geländes mit zivilen Aktivitäten jeglicher Art zunichtegemacht und die eingeschränkten Lärmzeiten speziell am Wochenende und nachts durch zivile, lärmintensive Aktivitäten wieder aufgehoben werden.
Soweit meine Ausführungen zu Ihren Anfragen. Die Problemkreise sind aber so gross, dass die vorliegenden Ausführungen natürlich nur fragmentarisch sein können.

Ruedi Hächler

Markus Kägi-Steiner
Kantonsratspräsident vom Kanton Zürich

Ein grosser Teil der Menschheit ist nicht fähig, Konflikte mit friedlichen Mitteln zu bereinigen. Der Schutz unseres Landes gegenüber Übergriffen von aussen muss daher gewährleistet werden. Nebst anderen friedenssichernden Massnahmen benötigen wir unbedingt eine starke, sehr gut ausgebildete Amee. Die Verteidigung aus der Luft ist eine tragende Säule unserer Armee. Die Beherrschung unseres Luftraums durch unsere Luftwaffe ist existentiell. Dass der Militärflugplatz Dübendorf als regionaler Arbeitgeber eine bedeutende wirtschaftliche Rolle im Glattal bildet, wird wohl niemand bestreiten.

Der Schweiz geht es im Verhältnis zu anderen Staaten von Europa und dieser Welt sehr gut. Dank unseren stabilen politischen Verhältnissen und den innovativen Anstrengungen unserer Wirtschaft haben wir einen so hohen Lebensstandard. Die Verteidigung der Sicherheit gegen aussen durch militärische Mittel trägt mit, dass die Schweiz ein so hohes Ansehen im Ausland geniessen darf. Die Militärausgaben wurden in den letzten Jahren drastisch gekürzt. Es ist wichtig, dass wir unseren Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht bringen können. Ohne Sparen können wir dieses Ziel nicht erreichen. Bei den Militärausgaben wurden überproportional Abstriche gemacht. Eine weitere Reduktion des Militärbudgets wäre unverantwortlich!

Waffen werden seit Urzeiten produziert. Eine Waffe soll als letztes «Konfliktlösungsmittel» eingesetzt werden. Wer Waffen verkauft, muss wissen, welche Wirkung sein Produkt hat. Er ist aber auch verpflichtet, die Legitimation des Käufers abzuklären. Die Waffenausfuhrverbots-Initiative der SP schiesst im wahrsten Sinne des Wortes über das Ziel hinaus.

Markus Kägi-Steiner

Das Leitbild der "Arbeitsstelle für Militär und Ökologie"

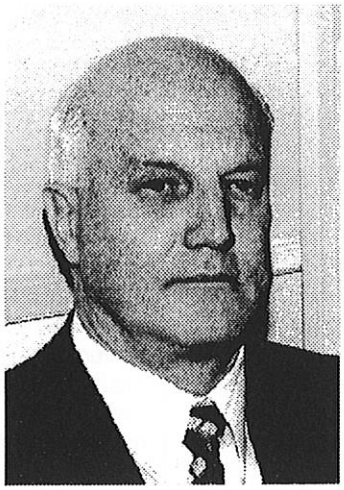
Im Juli dieses Jahres veröffentlichte obengenannte Organisation (amö) ihr Leitbild. Auf Seite 7 publizieren wir zu Ihrer Information den vollen Textlaut. Wir werden natürllich die Aktivitäten dieser Organisation sowie die Zusammenarbeit mit dem Dübendorfer Verein "BgF" im Auge behalten. Die Stossrichtung ist klar: Mit Hilfe von verfänglichen ökologischen Grundsätzen soll das Militär gehindert werden, ihre Aufgaben auf Waffen- und Ausbildungsplätzen erfüllen zu können. Die Aussage:"Die Arbeitsstelle äussert sich weder für noch gegen die Existenz einer Armee", ist deshalb Augenwischerei und Täuschung zugleich mit dem Zweck, gutgläubige (finanzielle!) Unterstützer nicht gleich am Anfang abzuschrecken!

Die "amö" wirbt nämlich für unterstützende Mitglieder sowie für Abonnenten der wohlbekannten "Friedenszeitung"!

Impressum:
Forum Flugplatz Dübendorf
Postfach 1085, 8600 Dübendorf
Peter Bosshard, Präsident
Aldo Wicki, Vizepräsident
Andreas Thut, Aktuar
Heidi Knecht, Kassier

Veränderungen im EMD als Folge des Projektes EMD 95

von Projektoberleiter Werner Jung, KKdt z D



Was haben wir falsch gemacht, dass jetzt plötzlich alles geändert wird? Diese Frage steht bei vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer noch im Raum. Die Antwort darauf ist einfach: Nichts. Dass da und dort dies und jenes noch etwas effizienter gemacht werden könnte, ist sicher unbestritten. Aber das ist nicht der Grund für derart massive Massnahmen im EMD, wie sie getroffen werden.

Es sind die **Rahmenbedingungen**, die sich geändert und in einzelnen Bereichen deutlich verschlechtert haben. Da ist die veränderte **Bedrohungslage** nach der Beendigung des kalten Krieges. Dann die **Armee 95** mit ihrem um einen Drittel verringerten Bestand gegenüber der Armee 61. Äusserst schwer ins Gewicht fallen die zunehmend schlechter werdenden **finanziellen Rahmenbedingungen**. Das EMD hat seit 1990 bereits über 5,2 Milliarden Franken an die Sanierung des Bundeshaushaltes beigetragen. Während die Ausgaben für die Landesverteidigung um 2% abgenommen haben, sind beispielsweise die Sozialausgaben, ohne Arbeitslosenversicherung, um 55% gestiegen. Dazu kommt der durch den Bundesrat dem EMD auferlegte **Stellenabbau**. All diese Faktoren bedeuten u.a. weniger benötigtes Material, weniger Munition, weniger Ausbildungstage, Zurückstellung von Beschaffungen. Die Folge davon sind weniger Aufträge an Privatwirtschaft und Bundesbetriebe, nicht zuletzt im Unterhaltsbereich. Dass unter diesen Umständen tiefgreifende Reorganisationsmassnahmen zwingend notwendig wurden, dürfte offensichtlich sein. Lineare Kürzungen in den bestehenden Strukturen hätten nicht genügt. Ja, sie wären sogar gefährlich gewesen, braucht es doch angemessen grosse Organisationseinheiten, um in Zukunft mit der heute geforderten Effizienz bestehen zu können. Dass bei dieser Gelegenheit Schwächen, die es in jedem Betrieb - auch im EMD - gibt, behoben werden sollen, ist selbstverständlich.

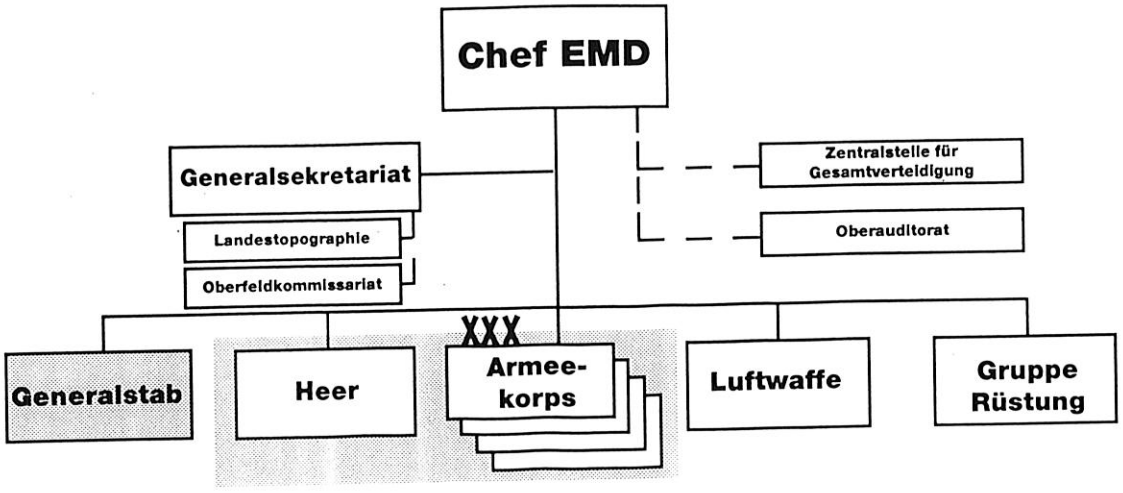
Entsprechend wird durch den Chef EMD ein „kleines Hochleistungs-EMD als resultatorientierter Dienstleistungsbetrieb" gefordert. Die Prozesse und Strukturen im Eidg. Militärdepartement müssen eine rasche und wirksame Erfüllung des sicherheitspolitischen und militärischen Auftrages gewährleisten, das wirtschaftliche Denken ist zu fördern, die Kunden- (Truppe) und Bürgernähe zu verbessern. Ferner ist die Handlungsfreiheit für allfällige spätere Anpassungen sicherzustellen.
Der beschlossenen Grundstruktur des EMD liegt die Idee von Systemeinheiten mit klar abgegrenzten Verantwortlichkeiten zugrunde.

Parlament und Bundesrat definieren die **politischen Vorgaben** an das Eidg. Militärdepartement und kontrollieren deren Umsetzung. Der Departementschef wird in der politischen Führung seines Departements durch das Generalsekretariat unterstützt.

Der **Generalstabschef** setzt die politischen in **militärische Vorgaben** für das Heer, die Luftwaffe und die Gruppe Rüstung um und übernimmt somit eine wesentliche Steuerungsfunktion in der Armee. Er leitet Einsätze der Armee vor der Wahl eines Oberbefehlshabers.
Der Chef **Heer** mit den für die Ausbildung zugewiesenen Armeekorps stellt aufgrund der Vorgaben des Generalstabschefs den Betrieb des Heeres bis zum Zeitpunkt der Mobilmachung sicher. Er ist für die Einsatzbereitschaft seiner Verbände in materieller und ausbildungsseitiger Hinsicht, sowohl in Schulen wie in Kursen, verantwortlich. Mit den ihm unterstellten dezentralen Serviceeinheiten verfügt er über die für Betrieb und truppennahen Unterhalt notwendige Logistik und Infrastruktur.

Die **Luftwaffe** setzt als Systemeinheit die Vorgaben des Generalstabschefs bezüglich Einsatz und Ausbildung um; sie legt die Einsatz- und Kampfverfahren der Truppen der Luftwaffe fest und trägt die Verantwortung für die Ausbildung in Schulen und Kursen. Sie verfügt über eine ihr direktunterstellte Organisation für den Betrieb und den truppennahen Unterhalt.

Organigramm EMD



Die **Gruppe Rüstung** beschafft Armeematerial und trägt die Verantwortung für die Systemführung über den ganzen Lebensweg. Ferner produziert sie in sogenannten Materialkompetenzzentren Armeematerial in ausgewählten Bereichen und stellt den truppenfernen Unterhalt sicher. Das bedeutend kleinere Auftragsvolumen bedingt eine Anpassung des Betriebs- und Unterhaltspotentials des EMD. Leider hat dies schweizweit eine markante Reduktion der Betriebe und der Anzahl Mitarbeiter zur Folge.
Bei einer Reorganisation entstehen verständlicherweise Ängste und Unsicherheiten, ist doch der Arbeitsplatz in der vorhandenen Form, oder überhaupt, in Frage gestellt. Der Geschäftsleitungsausschuss unter der Leitung des Chefs EMD hat sich deshalb die Entscheide nicht leicht gemacht, galt es vor allem auch, wirtschaftlich schwache Regionen möglichst zu schonen. Die getroffenen Lösungen dürften, obwohl sie nicht leicht zu verkraften sind, schweizweit betrachtet, ausgewogen sein. Die Umstrukturierung wird sich über mehrere Jahre erstrecken. Dabei wird der fortschrittliche Sozialplan des EMD helfen, Härten zu mildern.

Mit der Umstrukturierung sind jedoch in den Abläufen, in der Übereinstimmung von Verantwortung und Kompetenzen und in den Entscheidungsmechanismen gegenüber heute wesentliche Verbesserungen zu erwarten. Damit werden günstige Voraussetzungen für die Zukunft geschaffen.

Werner Jung, KKdt z D

Restrukturierung EMD 95 und dessen Auswirkungen aus der Sicht von Andrea Lareida

(BAMF-Mitarbeiter)

EI Ing HTL mit den Spezialgebieten: Lenkwaffensysteme, Elektronische Kriegsführung und Avionik / Flugsteuerungen.

Das bisher für den Unterhalt des Materials der Flugwaffe verantwortliche BAMF soll durch die Restrukturierung aufgeteilt werden. Die sogenannt „Truppennahen Dienste" werden dem Kommandanten der Luftwaffe unterstellt. Dies betrifft den Unterhalt auf der ersten Stufe mit dem Ziel, die Systeme möglichst schnell und ohne sie aus dem Truppenverband zu entfernen, reparieren und umgehend wieder einsetzen zu können. Die zur Reparatur ausgetauschten Untereinheiten sollen in der „Schweizerischen Unternehmung für Luftwaffensysteme" an zentralen Orten, getrennt nach Zelle, Triebwerken und Elektronik, repariert werden, teilweise fernab von den komplexen Systemen, denen sie angehören. Das bisherige, über alle Unterhaltsstufen transparente Unterhaltssystem, das einen enormen Kompetenzgrad ermöglichte, soll demnach einer neuen Philosophie geopfert werden. Diese Umstrukturierung wird nun so angelegt, dass praktisch alle das Flugmaterial betreffenden Arbeiten in den Raum Zentralschweiz verlagert werden. Im Raum Dübendorf gehen damit praktisch alle flugzeugbezogenen Ingenieurstellen verloren. Während früher Stabilität und Kontinuität gefordert und gelebt wurde, wird uns nun aus allen Ecken suggeriert, dass nur die umzugwilligen an der Zukunft teilhaben werden. Es wird erwartet, dass die Leute, welche die entsprechenden Arbeiten bisher in Dübendorf verrichtet haben, sich nun für diese Stellen an neuen Orten wie Emmen, Buochs oder Interlaken bewerben, um in etwa ihre angestammte Arbeit verrichten zu können.
Dieses Gebahren, nur auf die Senkung direkter Kosten angelegt, sind in der oft gerühmten Privatwirtschaft in letzter Zeit immer wieder vorgeführt worden, mit unterschiedlichen Ergebnissen. Allerdings, was in den USA möglicherweise nachvollziehbar ist, entspricht nicht der hierzulade bisher üblichen und auch verwurzelten Identifikation mit der Arbeit und dem Arbeitgeber. Die von zum Teil hoch spezialisierten, auch qualifizierten Fachkräften aller Stufen verlangte Flexibilität kann denn auch anders verstanden werden. Anstatt den möglicherweise mit vielen Opfern aufgebauten Wohnsitz aufzugeben, die Kinder aus der Schule zu reissen, können diese Leute auch den Arbeitgeber wechseln. Offenbar ist der Arbeitsmarkt im Raume Zürich doch nicht so trocken, wie die ersten Austritte zeigen. Damit gehen der Militäraviatik plötzlich und eigentlich unnötigerweise Spezialisten verloren, dies genau in der Zeit, in der deren Wissen und Erfahrung für die Einführung des neuen Kampfflugzeuges dringend benötigt würde.
Persönlich bin ich von dieser Umstrukturierung direkt betroffen. Nach zwölf Jahren Tätigkeit auf allerlei Lenkwaffensystemen habe ich mich seit vier Jahren im Besonderen für die Avionik des Transporthelikopters „Super Puma" eingesetzt. Dieser Arbeitsplatz wird im Laufe des nächsten Jahres nach Emmen verlegt. Aus persönlichen und familiären Gründen kommt für uns ein Umzug in die Innerschweiz höchstens als Lösung aus einer Notlage in Frage; lies, wir würden uns genötigt sehen. Dass ich als Vater, egal für welchen Zeitraum, als Wochenaufenthalter in der Innerschweiz hause, während die Familie im Zürcher Oberland lebt, entspricht möglicherweise sogenanntem modernem oder situationsgerechtem Denken, nicht aber unseren Vorstellungen einer Familie. Bliebe nur noch die Möglichkeit, mich täglich mit dem Privatauto am Verkehrschaos rund um Zürich zu beteiligen und mich während zweieinhalb Stunden dem Risiko auszusetzen. Dies ist jedoch nur eine Variante, nicht aber eine vernünftige Lösung.
Weil mir die geografische Flexibilität, aber auch das Vertrauen in derart rigorose Umstrukturierungen fehlt, werde ich mich von meiner über alle diese sechzehn Jahre hochinteressanten Stelle trennen müssen.

Andrea Lareida

Köder als plumpe Täuschung entlarvt

Artikel in der Regionalzeitung Uster und im Glattaler

"Es geht aufwärts", sagte der Karpfen, als er an der Angel hing...
... doch weit daneben, der Karpfen ist gut beraten,den zappelnden Wurm zu verschmähen und den Köder als das zu erkennen, was er wirklich ist, nämlich ein fauler Trick! Aber um was geht es eigentlich?

Der Verein "BgF" versucht mit einer Kartenaktion vom Vorsteher des Eidg. Militärdepartementes zwei flugfreie Nachmittage auf dem Militärflugplatz Dübendorf zu erzwingen. Flankierend wurde ein offener Brief mit derselben Forderung an den Direktor des Bundesamtes für Militärflugplätze (BAMF) geschrieben obwohl der "BgF" bereits eine klare Antwort erhalten und diese auch intern publiziert hat. Die Veröffentlichung dient lediglich dem Zweck, mehr Druck auszuüben!
Das Ansinnen, zwei flugfreie Nachmittage einzuführen hätte zur Folge, dass die restlichen drei Nachmittage gegenüber heute mit wesentlich mehr Fluglärm - fast doppelt soviel - belastet würden. Obwohl die Gesamtlärmbelastung durch eine solche Umverteilung nicht tangiert wird, hätte die massive Erhöhung der Jetstartfrequenzen in den verbleibenden Tagen zweifellos negative Auswirkungen auf das subjektive Lärmempfinden! Ein Aufschrei der Empörung genau jener Kreise, die das ganze initiierten und eine erneute Stimmungsmache gegen unsere Luftwaffe mit weiteren Forderungen wäre so sicher wie das Amen in der Kirche.

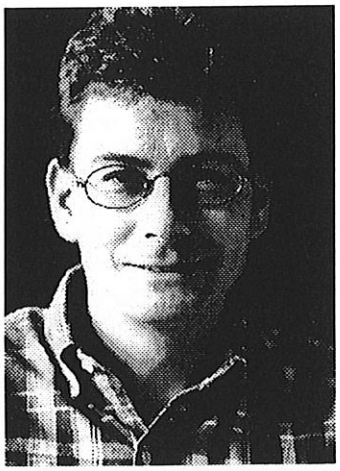
Aber damit erhält dieser Vorstoss seinen logischen Sinn und entlarvt die wahren Absichten eines "harten Kerns" des "BgF"! Aber was ist wohl von einem Verein anders zu erwarten, der sich vor Jahren der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) angeschlossen hat (Ostermarsch 1993) und seit letztem Jahr mit der "Arbeitsstelle für Militarismus und Ökologie" (AMÖ) eng zusammenarbeitet? Eine "Arbeitsstelle", die aus der früheren ARNA (Initiant der Initiative "40 Waffenplätze sind genug") hervorgeht und die Linksaussen-Organisation "Schweizerischer Friedensrat" zur Trägerschaft hat. Bereits sind vier Publikation von armeefeindlichen Beiträgen und sog. Studien erschienen.
Die mit Öffentlichkeitsdruck geforderten zwei flugfreien Nachmittage sind nichts anderes als eine plumpe Täuschung und verdienen, nicht ernst genommen zu werden.

Peter Bosshard

Das darf auch gesagt werden:
Während Schweizer Steuerzahler mit dem Erwerb von Hunter-Ersatzteilen einen Beitrag für die Bundeskasse leisteten, erhielten In- und ausländische Museen sowie Private ganze Flugzeuge - gratis!

„Die Schweiz muss noch geschluckt werden!"

Von Grossrat Dr. Daniel Heller, Historiker, Aarau



Zur Bedrohungslage der Schweiz im Zweiten Weltkrieg:

Im Zusammenhang mit dem Gedenken zum Kriegsende in Europa vor 50 Jahren sind neue Kontroversen um die Bedrohung der Schweiz in den Jahren 1939 und 1945 und um die Bedeutung der militärischen Abwehrbereitschaft entstanden. Die 1990 erschienene Studie des Zürcher Historikers *Klaus Urner* belegt, dass das nationalsozialistische Deutschland viel konkretere Pläne zur Eroberung der Schweiz hatte, als bis anhin angenommen.

"In der höchsten deutschen Armeeführung und auch in der politischen Führung um Hitler aber stand ein Angriff auf die Schweiz nie wirklich ernsthaft zur Diskussion" (Prof. H.U. Jost, Tages Anzeiger 4.8.90). Das Interesse des Deutschen Reiches an einer formal unabhängigen Schweiz sei ungleich grösser gewesen, als dasjenige an ihrer Eroberung. Kollaboration, Waffenlieferungen, Gold- und Devisengeschäfte, die Rolle als Finanzplatz und Nachrichtendrehscheibe und anderes mehr, und wenn überhaupt, dann nur in geringem Masse die Armee, hätten der Schweiz ihr Unversehrtbleiben ermöglicht. Diese und ähnliche Interpretationen versuchte eine Gruppe "kritischer" Historiker, kräftig unterstützt von gewissen Medienschaffenden, auch wieder im Umfeld des Jahrestages zum Kriegsende der Schweizer Öffentlichkeit beliebt zu machen. Die Fragwürdigkeit dieser eher tagespolitisch als wissenschaftlich inspirierten Sichtweise stand allerdings schon vor dem Hintergrund der älteren Forschungen (Hans Rudolf Kurz, Walter Schaufelberger, Hans Senn, Werner Roesch, Hansrudolf Fuhrer) fest.

Schlusspunkt einer Kontroverse

Gänzlich desavouiert worden ist diese gewollt einseitige Sicht durch die sorgfältige, minutiöse und durch intensive Archivforschungen breit abgestützte Studie *Klaus Urners*. Urner ist Gründer und Leiter des Archivs für Zeitgeschichte der ETH Zürich und geniesst in der Fachweit der Historiker über einen untadeligen Ruf. Diesem Ruf ist Urner mit seiner 1990 erschienenen Studie einmal mehr gerecht geworden: Mit geduldiger Recherchierarbeit und breiter Faktenkenntnis ist Urner der Frage nachgegangen, wie sich der Fragenkomplex um die Bedrohungslage der Schweiz und die Gründe für ihr Verschontbleiben tatsächlich präsentiert.*

Die Ergebnisse sind klar ausgefallen. Urner legt überzeugend dar, dass in den kritischen Junitagen des Jahres 1940 das Schicksal unseres Landes nur wenig von seinem eigenen Verhalten abhängig gewesen ist. Hitler sah in den Tagen des dramatischen Zusammenbruches Frankreichs, in der Schweiz vor allem ein militärisches Durchmarschgebiet in Richtung Südfrankreich. Urner belegt weiter, dass ein *persönlicher Wille des deutschen Führers bestanden hat, die Schweiz endgültig von Rest-Frankreich abzutrennen und nebenbei auch noch "zu schlucken".* Wie sehen im Einzelnen seine Erkenntnisse aus?

Hitler: „Die Neutralen dürfen diesen Krieg nicht überleben!"

Diese Aussage des Führers notierte Reichspropagandaminister Dr. Josef Goebbels nach einem Ausbruch Hitlers am 13. April 1940, als die deutsche Invasion in Norwegen nicht nach Wunsch vorankam. In der deutschen Führung und auch in der breiten Bevölkerung herrschten im Jahr 1940 unübersehbare Aggressionstendenzen gegenüber dem "in seiner Haltung zu Deutschland schwer belasteten Käsestaat" Schweiz, der "auch verschwinden solle", wie ein Bericht des Sicherheits-Dienstes (SD) über die Stimmung der Bevölkerung in Chemnitz festhielt. Deutsche Verärgerungen ergaben sich wegen der wachsenden Alpen-Transitprobleme: Seit dem Kriegseintritt Italiens war Deutschland zu zusätzlichen Lieferungen von Rohstoffen an den Achsenpartner Italien gezwungen. Ein andauerndes deutsches Ärgernis bildete auch die Schweizer Presse, die in ihrer Kommentierung der Vorgänge in Europa oft kein Blatt vor den Mund nahm. Höhepunkt der gegenseitigem Spannungen bildeten Anfang Juni 1940 die Fliegerzwischenfälle, in deren Verlauf die Schweizer Luftwaffe mehrere deutsche Flugzeuge abgeschossen hatte. Hitler persönlich veranlasste eine - für die Schweiz glücklicherweise schludrig inszenierte - Racheaktion, bei der zehn Saboteure in die Schweiz geschickt wurden.

Die dringlichen Warnungen von Schweizern, wie dem Aargauer Divisionär Eugen Bircher, die dank Kontakten nach Deutschland von der "bitterbösen" Stimmung im Reich berichteten und sich bemühten, die Deutschen vom absoluten Willen zur Neutralität von Armee und Bundesrat zu überzeugen, erhalten im Lichte der Forschungen Urners einen akzentuierteren Hintergrund, als bisher angenommen.

Der Kampf um die Einschliessung der Schweiz

Während am 22. Juni 1940, drei Tage vor der Kapitulation Frankreichs, General Guisan im Kreise der Korpskommandanten seiner Oberzeugung Ausdruck gab, "dass die Deutschen nunmehr in erster Linie einen politischen und wirtschaftlichen Druck ausüben und militärische Aktionen kaum ins Auge fassen werden", begann Hitler persönlich gegen die Schweiz zu agieren. Er befahl, noch vor dem Waffenstillstand eine militärische Abschnüraktion in Gang zu setzen.

Bereits am Abend des 16. Juni hatte die deutsche 29. motorisierte Division, die südwestlich von Besançon stand, folgenden dringenden Befehl erhalten: Sie sollte sofort mit Aufklärungseinheiten an die Schweizer Grenze vorstossen und dies "aus politischen Gründen" umgehend melden. Am 17. Juni erreichte ein Spähtrupp um 08.20 Uhr bei Pontarlier die Grenze. Der Hintergrund dieses von höchster deutscher Stelle erteilten Befehls war das sich abzeichnende französische Waffenstillstandsbegehren der neuen Regierung Pétain. Denn noch vor Beendigung des Frankreichfeldzuges sollte in gemeinsamem Interesse der Achsenpartner die Schweiz völlig von Frankreich abgeschnitten werden. Davon überzeugte Hitler am 18.Juni in München Mussolini. Obwohl die Italiener in keiner Art und Weise kriegsbereit waren, eröffnete Mussolini am 20. Juni in Savoyen seinen Angriff gegen Frankreich. Und Hitler setzte alles daran, dass deutsche Truppen sich vor Abschluss des Waffenstillstandes mit Frankreich am 24. Juni in Hochsavoyen mit den stockend vorrückenden Italienern vereinigen konnten.

Das war, wie Urner überzeugend nachweist, "nichts anderes, als gegen die Schweiz gerichtete Kriegsführung, ohne deren Territorium direkt anzugreifen. Die völlige Einschliessung durch die Achsenmächte hatte sich nicht von selbst ergeben- sie musste als zusätzliches Kriegsziel durch

militärische Operationen erst erreicht werden." Hitler erreichte sein Ziel jedoch nicht.

Die tapferen Abwehrkämpfe der französischen Truppen in Savoyen verhinderten im Sommer 1940 die völlige Abschnürung der Schweiz. Diese erfolgte erst mit der vollständigen Besetzung Frankreichs durch die Deutschen im November 1942. Dadurch aber *blieben der Schweiz brauchbare Verbindungswege ans Mittelmeer zum Freihafen Sète erhalten.* Die Bedeutung dieser letzten Verbindung zu den Alliierten im Rahmen des zermürbenden Wirtschaftskrieges leuchtet Urner im zweiten Teil seiner Studie aus. Erwog nun aber Hitler in seiner überreizten Reaktion auf seine gescheiterte Aktion nach dem Waffenstillstand mit Frankreich als letzte Alternative den Angriff gegen unser Land?

Die überraschende Besetzung wird vorbereitet

In der Nacht vom 24. auf den 25. Juni hatte der deutsche Generalstabs-Hauptmann von Menges ein erstes Angriffskonzept gegen die Schweiz auszuarbeiten. In derselben Nacht trat der Waffenstillstand mit Frankreich in Kraft. Eine vom erbosten Führer angeordnete Sabotageaktion gegen die noch intakte Eisenbahnlinie Genf-Annecy, die nicht unter deutsche Kontrolle hatte gebracht werden können, missglückte. Und während in der Schweiz seit dem 6. Juli 1940 die Demobilisation der Truppen von 450'000 auf 150'000 Mann voranschritt, bauten die Deutschen an der Schweizer Westgrenze ein spezifisch auf unsere Verhältnisse abgestimmtes Angriffspotential auf. Anfangs Juli wurden der 12. Armee unter Generaloberst Wilhelm List zwei Gebirgsdivisionen zugeteilt. Die 12. Armee zeigte "Neigung ... , sich scharf ins Zeug zu legen" und mit ihren neun Divisionen und 245'000 Mann Bestand die vorher beim Abschnürungsversuch erlittene Schlappe wett zu machen.

Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe C, dem die 12. Armee unterstand, Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb, rekognoszierte Anfang Juli die Schweizer Grenze zwischen Morez und Les Verrières: "Keine Geländeschwierigkeiten bei Einmarsch in die Schweiz". Am 15. Juli hatte sich in Les Verrières sogar der Reichsführer SS Heinrich Himmler zu einem persönlichen Augenschein im Hinblick auf die "Sonderaufgabe Schweiz" eingefunden. Weitere deutsche Einmarschplanungen und -studien, z.T von höchsten militärischen Stellen erarbeitet, folgten. Dass sie nicht in die Tat umgesetzt wurden, verdankt die Schweiz weniger einem mangelnden Willen deutscherseits als der weiteren Entwicklung des Kriegsverlaufes. Die Eroberung unseres Landes als "Durchgangsgebiet nach Südfrankreich für alle Transporte" hatte hinter wichtigeren Vorhaben zurückzutreten. Mit der Verlegung der 12. Armee nach Osten entschärfte sich schliesslich die militärische Bedrohungslage. Und in den späteren Kriegsphasen überwogen die Vorteile einer intakten Schweiz diejenigen einer aufwendigen und kräftebindenden Besetzung.

Fazit: Schweiz war militärisch bedroht

Urners hervorragende Studie zeichnet ein eindrückliches, neues Bild der Gesamtzusammenhänge: Hitler handelte gegenüber der Schweiz durchaus im *Rahmen eines strategischen Gesamtkonzeptes.* Seine Anordnungen und Aktionspläne lassen keinen Zweifel daran, *welches Schicksal das nationalsozialistische Regime des Dritten Reiches der Schweiz zugedacht hatte. Die glaubwürdige schweizerische militärische Abwehrbereitschaft machte derart aufwendige militärische deutsche Planungen und Kräftenansätze überhaupt erst nötig und verhinderte die rasche Besetzung, zu der eigentlich der Wille deutscherseits vorhanden war. Schliesslich war die mangelnde Vorrangigkeit einer Aktion gegen die Schweiz massgeblich dafür, dass Angriff und Besetzung des Landes im Sommer 1940 nicht erfolgte.*

* Klaus Urner, „Die Schweiz muss noch geschluckt werden!" Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz. Zwei Studien zur Bedrohungslage der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. 232 Seiten, mit zahlreichen Fotos und dokumentarischen Abbildungen. Verlag NZZ.

"AMÖ": Das Leitbild gemäss Kommentar von Seite 3

Der Beitrag von Armeen und kriegerischen Auseinandersetzungen an die weltweite Umweltzerstörung ist gross. Nicht nur die unmittelbaren Auswirkungen von Armeen und kriegerischen Auseinandersetzungen, sondern vielmehr deren längerfristige Folgen für Mensch und Umwelt sind oft schwerwiegend und stellen eine grosse Belastung dar. Der Anspruch der Armee, Lebensraum zu schützen, muss vor allem auch heissen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Ziel einer langfristigen und ökologisch orientierten Politik muss auch aus diesem Grund die Förderung friedlicher Konfliktlösungsmechanismen sein.

Die Arbeitsstelle Militär und Ökologie "amö" ist eine Informations-, Dokumentations- und Forschungsstelle im Grenzbereich von Militär, Umwelt und Entwicklung. Sie wird gemeinsam vom WWF Schweiz und vom Schweizerischen Friedensrat SFR getragen. Eine Erweiterung der Trägerschaft ist erwünscht.

Ziele

Die "amö" äussert sich weder für noch gegen die Existenz einer Armee. Sie informiert über die Auswirkungen des Militärbetriebs auf die Umwelt und wirkt darauf hin, dass der Militärbetrieb in der Schweiz so gestaltet wird, dass in jedem Bereich schädliche Auswirkungen gezielt vermieden beziehungsweise vermindert werden.

Die "amö" will sich mit den Definitionen und mit den ökologischen Aspekten von Sicherheit und den dahinterstehenden Interessen auseinandersetzen. • Die "amö" informiert über globale Zusammenhänge zwischen Militär, Gewalt und der Zerstörung der Umwelt und dokumentiert solche. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht jedoch die Situation in der Schweiz. Dabei strebt sie einen Prozess an, der es ermöglicht, über die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Militär eine von parteipolitischen und ideologischen Hintergründen losgelöste breite Diskussion zu führen, wie sie in anderen Zusammenhängen längst schon geführt wird. Dazu muss ein Klima geschaffen werden, welches eine sachliche Auseinandersetzung ermöglicht und konstruktive Lösungen begünstigt.

Mittel

Als Grundlage einer fundierten Informations- und Forschungsarbeit verfügt die Arbeitsstelle über eine umfangreiche Dokumentation, welche im Rahmen ihrer Möglichkeiten laufend ausgebaut wird. Erste Priorität hat dabei nicht Vollständigkeit, sondem die spezielle Positionierung der "amö" im Grenzbereich von Armee-, Umwelt- und Entwicklungsfragen. • Die Dokumentation der "amö" ist auch für Dritte nutzbar. • Die "amö" beantwortet Anfragen von Organisationen, Medienschaffenden, PolitikerInnen, ForscherInnen sowie anderen Interessierten und stellt Unterlagen zur Verfügung. • Die "amö" veröffentlicht regelmässig Dossiers oder äussert sich in anderer geeigneter Form. Zu Schwerpunktthemen können auch umfangreichere Dokumentationen oder Arbeitspapiere publiziert werden. • Die "amö" kann Tagungen und ähnliche Veranstaltungen durch führen. • Die "amö" kann Projekte allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen anregen und realisieren. • Die "amö" pflegt Kontakte zu Politikerinnen, zur Verwaltung, zur Armee und zur Öffentlichkeit.

Aktuelle Projekte

Mit dem Vorprojekt für eine "Ökologische Bewertung des Militärbetriebs in der Schweiz" will die "amö" die Grundlagen schaffen, um eine umfassende Bilanzierung der Auswirkungen des Militär auf die Umwelt zu realisieren. Das Projekt "Militärluftfahrt in der Schweiz" umfasst eine Bestandsaufnahme in den Bereichen Ökologie und Raumplanung, zudem sollen auch ökonomische und regionalpolitische Aspekte erfasst werden.

Ziel ist es, für die verschiedenen Militärflugplätze, die in den nächsten Jahren aufgehoben werden, sinnvolle Nutzungsalternativen aufzuzeigen. In Vorbereitung ist ein Projekt, welches die globalen Zusammenhänge zwischen Militärausgaben und Umweltbeeinträchtigung in didaktisch geeigneter Form aufzeigen will.

Die spezifischen Auswirkungen des Militärbetriebs auf den Boden und auf die Berg-/Alpenregionen sind Gegenstand weiterer kleinerer Projekte.

Militär- und /oder Zivilflugplatz Dübendorf?

Anlässlich einer Sitzung der AeCS-Arbeitsgruppe Militärflugplätze vom 5. Juli in Bern teilte der Chef Abteilung Raum und Umwelt im Generalsekretariat EMD, Dr. Robert Landtwing unmissverständlich mit, dass der Militärflugplatz Dübendorf "kein Thema für eine Um- oder Mischnutzung für die General Aviation darstellt". "Die Luftwaffe sei nachwievor auf den Militärflugplatz Dübendorf als wichtigen Standort für die Pilotenaus- und -weiterbildung angewiesen! Was dereinst im Jahr 2010 sein wird, wenn ev. nur noch 100 Kampfflugzeuge ihren Dienst verrichten, könne heute noch niemand wissen!"

Die Meinung im Vereinsvorstand des Froum Flugplatz Dübendorfs ist klar und basiert auf den statuarisch deklarierten Zielsetzungen:

- Bildung eines politischen Gegengewichts gegenüber jenen Kreisen, die mit "vordergründigen Fluglärmargumenten" politische Ziele verfolgen. (Verhinderung notwendiger Modernisierungsmassnahmen, Opposition gegen die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen, Aktivitäten zur Abschaffung der Luftwaffe und damit einhergehende Schwächung unserer Landesverteidigung).
- Versachlichung der Lärmproblematik.

"Wir bekennen uns zur Notwendigkeit einer glaubwürdigen Landesverteidigung, welche auch eine effiziente Luftwaffe beinhaltet. Die damit verbundene Lärmbelastung erscheint uns als ein Teil des Preises, den wir zur Erhaltung dieser Glaubwürdigkeit zu bezahlen haben.
Wir treten ein für Lebensqualität im Raum Dübendorf und unterstützen Anstrengungen, die unternommen werden, um den Militärfluglärm so gering wie möglich zu halten. Das notwendige Training der Luftwaffe zur Erfüllung ihrer Aufgabe darf dadurch nicht beeinträchtigt werden."

Solange die Luftwaffe zur Erfüllung Ihrer Aufgabe auf den Militärflugplatz Dübendorf angewiesen ist, sind wir ganz klar gegen eine Etablierung der General Aviation in Dübendorf! Sollte die Luftwaffe aufgrund des kleineren Flugzeugparks und veränderter Bedürfnisse die Flugbewegungen so massiv reduzieren, dass mit Einverständnis der dannzumal zuständigen EMD-Stelle eine Stationierung der General Aviation ganz oder teilweise möglich sein sollte, muss eine exakte Abwägung von Vor- und Nachteilen vorgenommen und der Generalversammlung zur Abstimmung unterbreitet werden. Insbesondere müssen nachfolgende Punkte berücksichtig werden:

- Marktwirtschaftliche Situation in der Region.
- Wirtschaftlicher Nutzen für die Region.
- Arbeitsmarktsituation in der Region.
- Arbeitsplatzsicherung und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in konkreten Zahlen.
- Leitbilder-Vorgaben der Gemeinden rund um den Flugplatz.
- Konkrete Lärmmehr- oder -minderbelastungen.
- Konkrete Anzahl Flugbewegungen nach Flugzeugkategorien.
- Zeitliche Einschränkungen der Flugbe triebszeiten unter der Woche und an Wochenenden.
- Lärmkataster und Auswirkungen auf den Wohnungsbau in der Region.
- Auswirkung auf die Lebensqualität in der Region.

Ohne klare Anworten auf diese Fragen ist eine Beschlussfassung und Stellungnahme nicht möglich. Wir konzentrieren uns deshalb auf die derzeitige Situation und die heute absehbare Zukunft des Militärflugplatzes Dübendorf!

Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung!

Beitrittserklärung zum Verein Forum Flugplatz Dübendorf

Anmeldung:

Hiermit beantrage ich, dem Verein Forum Flugplatz Dübendorf beizutreten und bestätige gleichzeitig, nicht Mitglied der GSoA, des Vereins "Bürger und Bürgerinnen gegen den Fluglärm" oder einer ähnlichen, gegen unsere Luftwaffe und Landesverteidigung gerichteten Organisation zu sein.

Bitte senden Sie uns diese Anmeldung mit gleichzeitiger Einzahlung des Mitgliederbeitrages von Fr. 25.-- auf unser Postcheck-Konto zu.

Adresse:

Name: .....

Vorname: .....

Strasse: .....

PLZ / Ort: .....

Telefon P: .....

Unterschrift: .....

Datum: .....

Postfach 1085, 8600 Dübendorf, Postcheck-Konto: 80-47799-0